

Laut § 616 des B. G. B. (der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt) darf seinem Hilfsarbeiter ein Abzug von seinem Wochenlohn gemacht werden, sofern derselbe militärische Verpflichtungen zu erfüllen hat, z. B. Einschreiben zur Gesehung, die Bestellung selbst, Aushebung und Kontrollveraminlungen. Außerdem dürfen keine Abzüge gemacht werden bei Vorkommissen, die absolut nicht zu umgehen sind, z. B. gerichtliche und Vormundschaftsachen oder Familienangelegenheiten (Todesfälle u. s. w.) Jeder Hilfsarbeiter muß sich jedoch den Betrag in Abzug bringen lassen, wenn er eine verhältnismäßig längere Zeit von der Arbeit fern bleibt als eigentlich notwendig gewesen ist. Ebenso findet der § 394 für uns keine Anwendung.

§ 10.

Der von Hilfsarbeitern errichtete Arbeitsnachweis bleibt wie bisher in den Händen derselben.

Der jeweilige Verwalter des Arbeitsnachweises übernimmt die Verpflichtung, nur ordentliche und tüchtige Verbandsmitglieder an die den Lohn тари anerkannten Firmen zu senden.

§ 11.

Eventuelle Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche durch den Tarif entstehen, sind dem Tarif-Ausschuß vorzulegen und unterliegen diesem Rechtspruch. Der Tarif-Ausschuß setzt sich zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen. Der Sitz desselben ist Breslau. Anhang.

Mit den vorstehenden ausgearbeiteten Bestimmungen erklärt sich die gesammte Kollegenschaft einverstanden.

Die Tarifkommission.

Verfassungen.

Buchdrucker.

Verin der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Verfassungsbericht vom Donnerstag, den 15. November. Unter Vereinsmittheilungen theilte der Vorsitzende mit, daß zwischen ihm und dem Prinzipal Silber (Häbringerische Buchdrucker) eine Verhändigung stattgefunden habe, durch welche die Angelegenheit so ziemlich als beigelegt zu betrachten sei; es haben bereits 8 Zeper ihre früheren Stellungen wieder eingenommen, die übrigen sollen nach und nach wieder eingestellt werden. Auch in den übrigen jürritigen Punkten habe Herr Silber Entgegenkommen gezeigt, z. B., daß den Hilfsarbeitern, die auch wieder eingestellt werden, die noch rüchständigen 3 Tage an Lohn ausbezahlt werden. — In der Druckerlei von Meyer (Lotterie-Meyer genannt) ist ein sonderbarer Konflikt ausgebrochen. Die dort beschäftigten Kollegen müssen neben ihrer Thätigkeit am Sepphsten noch verschiedene häusliche Verrichtungen mitmachen, so z. B. Feueranmachen, Ausgehen und Sonntag schließlich noch die Bude aufwischen, wenn sie nicht im Schmutz umkommen und wegen der Kälte mit Ueberzieher und Handschuhen arbeiten wollen. Außerdem müssen sie noch nach Fertigstellung der Lotterielisten dieselben falzen, letzteres wird aber den betreffenden Kollegen beim Antritt der Kondition geagt. Das gewisse Geld betrug 30 Mark, die Arbeitszeit je nach dem Umfang der täglichen Lotterien 6—7 Stunden, jedoch nicht hintereinander, sondern mit verschiedenen Pausen. Um die hervorgehobenen Mißstände zu beirigen, wurde das Personal bei dem Prinzipal vorstellig, welcher ihnen aber einfach antwortete: „Rachen Sie Alle, daß sie rauskommen!“ Als die Kollegen den anderen Morgen noch einmal hintamen, war die Bude — leer; alle Kästen, Regale u. s. w. waren weg und Herr Meyer war zu Spring & Fahrholz geflüchtet. Da die Kollegen nun aber auf die Dauer der Lotterie engagirt sind, so wird Herr Meyer den Kollegen den Lohn auf 14 Tage auszahlen müssen, was ihm auf dem Gewerbegericht auch schon angedeutet worden ist. — Ferner wurde mitgetheilt, daß nach dem neuen Klebegebiß die Buchdrucker in die vierte Klasse (30 Pf.) gehören und sind die Prinzipale nicht verpflichtet, mehr als 15 Pf. zu zahlen; wo das Gehalt jedoch 18 Pf. zahlt, ist es empfehlenswerth, ebenso viel zu zahlen (also 36 Pf. zu zahlen), da es Jedem zu Gute käme. — Punkt 2: Antrag Lehmann und Genossen, welcher lautet: „Die ordentliche Revision findet monatlich durch die vom Verein gewählten Revisoren und zwei Kassenskontrollen statt, welche letztere der Vorstand aus seiner Mitte bestimmt. Die Kassensbücher und Kassensbestände sind unter Zugrundelegung der Beitragslisten

und Beläge zu prüfen und ist das Ergebnis jeder Revision dem Vorstande zu unterbreiten. Vierteljährlich ist ein ausführlicher Bericht über die Kasserverhältnisse des abgelaufenen Quartals bekannt zu geben“, wurde abgelehnt, da der Vorstand zu jeder Zeit und Stunde berechtigt sei, eine Revision vorzunehmen. — Die Abrechnung der Soiree ergab einen Ueberfluß von 214 Mk. Der Vereinsbote Moriz hat, die nicht benutzten Billets in Zukunft spätestens eine Woche nach stattgefundenem Konzert zurück zu geben. — Für das am 8. Dezember stattfindende Stützungsfest wurden der Vergnügungskommission 1000 Mk. bewilligt. Kollege Lehmann regte an, daß darauf zu achten sei, daß nicht wieder derartig schlechtes Bier vorgelegt werde, wie dies seither der Fall gewesen sei. Seitens der Kommission wurde erwidert, daß diesmal anderes Bier verzapft werden wird. Ebenso beklagte sich Kollege Giesecke über das Bier, welches im Vereinslokal verkauft wird; auch hier soll eine Aenderung eintreten — Schluß gegen 12 Uhr.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin.

Eine außerordentliche Generalversammlung beschäftigte sich am 18. November mit der Neugestaltung des Ortskrankenkassens. In ausführlicher Weise begründete Herr Wagnan (Kassant der Kasse) den Vorschlag des Vorstandes, nach welchem die Anzahl der Bezüge bedeutend erhöht werden und die Zahlung in der Weise erfolgen soll, daß die Kasse pro Mitglied und Jahr 3,00 Mark zahlt und die Bezüge sich in die hieraus entstehende Summe konsultationsweise theilen. Redner verwarf die freie Arztwahl aus verschiedenen Gründen. Einmal müsse sich der Kranke nach einer vierwöchentlichen Krankheit von einem anderen (Vertrauens-) Arzt auf seine Arbeitsfähigkeit untersuchen lassen, dann beziehe dort eine Rezeptkontrolle und außerdem dürfen Milch, Cognat und sonstige Sachen nur motivirt verordnet werden. Das Bestreben der Kasse gehe darauf hinaus, sich eine möglichst gute Organisation zu schaffen und dies ist in diesem Falle die freie Arztwahl. An der Hand von Beispielen weist Redner nach, daß dies thätigkeitsmäßig der Fall ist. Auch sei der größte Theil der Bezüge auf die weiblichen Bezüge nicht gut zu sprechen, so habe ein Dr. A. die Kasse zu demnächst, weil sie ihren Beruf ausüben und sind dann auch sämtliche sechs Berliner Kasse in eigener Sache verantwortlich vernommen worden. Die Kasse seien der Ansicht, daß wir unbedingt die freie Arztwahl einführen müßten, jedoch wenden sie sich nicht an den Vorstand, sondern versuchen dies durch Mautunwürsarbeit zu erreichen; dies beweisen die zu den einzelnen Versammlungen vertheilten Flugblätter. Nachdem Redner auch den Kostenpunkt der freien Arztwahl berührt hatte, erücht er um Annahme des Vorschlages des Vorstandes. — Zu dieser Angelegenheit waren die Mandanten der Maurerklasse Herr Kohns und der Mandant der Allgemeinen Ortskrankenkasse der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Herr Dehnig, sowie der Mandant der Maschinenbauarbeiter, Herr Ahmann, geladen, um ihre Erfahrungen, die die betr. Klassen mit der freien Arztwahl gemacht, uns mitzutheilen. Herr Ahmann war nicht erschienen und erhielt zunächst Herr Kohns das Wort. Er theilt mit, daß seine Kasse bis zum Jahre 1-93 gem. Gewerkschaftenvereinen angehört und ihr Vermögen von 300 000 Mk. bis auf 51 000 Mk. zugehört hatte; 1893 wurde die freie Arztwahl eingeführt und ist bis heute der Kasse erhalten, das Vermögen liegt jetzt auf 363 000 Mk. Er hat mit der freien Arztwahl seine schlechten Erfahrungen gemacht, sie sei etwas theurer und sei es auch richtig, daß sich der betr. Kranke nach vierwöchentlich Krankheitsdauer unteruchen lassen muß. Die Kasse hat eine Unterstüzungsdauer von 13 Wochen und erklärt Redner die beinahe ebenso große Unterstüzungssumme, wie bei unserer Kasse dadurch, daß dieselbe das aller schlechteste Mitglieder-material habe. Er sei kein Kämpfer für die freie Arztwahl, habe also nur seine Erfahrung zum Besten gegeben. Auch Herr Dehnig hat keine schlechten aber auch keine glänzenden Erfahrungen bei der freien Arztwahl gemacht; er betont, daß, als in seiner Kasse zum ersten Mal das Wort freie Arztwahl ausgetauscht, es gerade ein Mitglied unserer Kasse war, daß dies hinbrachte. Er sei seinerzeit Gegner gewesen, des Kostenpunktes wegen, nachdem aber die Beiträge von 48 auf 63 Pf. erhöht wurden, läßt sich mit der freien Arztwahl auskommen und nachdem man sich darin eingelebt hat, würde er am wenigsten dafür sein, daß die freie Arztwahl abgeschafft würde. Er hält die Bedenken Wagnans für gerechtfertigt, da die Einführung der freien Arztwahl unbedingt eine Beitragserhöhung erheischen würde, die bei uns nicht durchführbar sei. Herr Blenz tritt sehr warm für die Einführung der freien Arztwahl ein. Er war der Ansicht, daß innerhalb des Zeitraumes von der ordentlichen bis zur außerordentlichen Generalversammlung jedwede Agitation unterbleibe, dies sei nicht geschehen. Er habe sich während dieser Zeit bei Vorstandsmitgliedern anderer Klassen, bei Ärzten Erkundigungen eingegeben und habe dabei erfahren, daß sich die freie Arztwahl theurer stellt. Zum Schluß seiner längeren Ausführungen stellt er folgenden Antrag: „Die General-Versammlung beauftragt den Vorstand für das Jahr 1900 einen Vertrag mit dem Verein der freigewählten Kassensärzte einzugehen. Für die weiblichen Mitglieder ist mit einer Kasse ein Vertrag abzuschließen.“ — Für die Einführung der freien Arztwahl sprechen sich in theils

längeren, theils kürzeren Ausführungen die Herren Giesecke, Faber und Jandt aus, dagegen sprechen die Herren Tübbede, Misching, Reissmann (welch letzterer den Vorstand ersucht, wenn dessen Antrag durchgeht, solche Bezüge, die einen bewährten Ruf haben, anzustellen), Toblin und Kräutlein Wien. Nachdem Herr Dehnig noch einige Unrichtigkeiten, die sich im Laufe der Debatte ereigneten haben, richtig gestellt und Herrn Wagnan nochmals für die Annahme des Vorstandsantrages eingetreten, wird zur Abstimmung geschritten; dieselbe ergibt die Annahme des Vorstandsantrages mit 192 gegen 42 Stimmen und waren hiermit die vierstündigen Verhandlungen erledigt. B.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Bremen. Verammlungsbericht vom 4. November. Nach Vertiefung und Genehmigung des Protokolls der letzten Verammlung erhält die Meierentin, Frau Bosse, zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiter in im Kampf ums Dasein“, das Wort. Dieselbe führte ungefähr folgendes aus: „Es würde verhältnismäßig leicht sein, die heutigen ungunstigen und zum größeren Theil ganz miserablen Verhältnisse der Arbeiterchaft in das Gegenheil umzuwandeln, wenn nur alle Arbeiter und Arbeiterinnen einmal ernsthaft nachdenken wollten, über ihre Schmach als einzelne und ihre Macht als organisierte Arbeiter. Leider aber sei dem nicht so, selten daß ein Einzelnr sich aufrafft, um sich gegen die ihn umgebenden erbärmlichen Verhältnisse zu wehren, und dann wehe ihm, er bekommt die Macht des Unternehmerrthums zu fühlen, Arbeitslosigkeit und deren Lebensgefolge treffen ihn, was aber durchaus nicht sein würde, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammen schloßen. Hieran anschließend entrollt Rednerin ein Bild unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände, deren markanteste Züge die Klassencheidung sei, vor allem die zwei am meisten hervortretenden, arm und reich. Wie schon bei ganz kleinen Kindern der Unterschied zwischen arm und reich hervortrete in Kleidung und Nahrung, wie durch die mangelhafte und unzureichende Ernährung der Kinder der Armen, diesen ihre Vermögenheit herunter gedrückt würde. Leider begegne man dann auch vielfach einer gewissen Gleichgültigkeit armer Eltern gegen das Wissen, weil der Verdienst, und sei er noch so klein, den Hauptlebenszweck eines Arbeiters bildet. Eine Arbeiterin wird vielfach mit 6 Mark und noch weniger abgepeißt, da sei es fast eine Unmöglichkeit, ehrlich und sittsam zu bleiben, die Arbeiterin ist vollständig zur Lohnsklaverei geworden. An der Hand zahlreicher Beispiele, findet Rednerin es nicht verwunderlich, wenn derartige Verhältnisse auf die Sittlichkeit tödend einwirken, zu verwundern sei es nur, daß die Arbeiterinnen nicht von selbst auf die Gedanken kämen, sich zu organisieren, statt dessen werde häufig die letzte Hoffnung auf eine Besserung gesetzt, um aus diesen elenden Zuständen herauszukommen, gerade aber meistens in ein doppeltes Joch, zur Lohnsklaverei komme die Gestellerei, zu ihrer Fabrikarbeit müsse sie dann auch noch für die Bedürfnisse des Mannes und der Kinder aufkommen, Hunger und Kummer bietet der Arbeiterin dann das Familienleben. Auch die Maschine sei ein Faktor, um unsere Zustände zu verschlechtern, aber nur in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, während in einer sozialistischen die Maschine ein Segen der Menschheit würde, dann brauche keine Arbeitskraft brach zu liegen, brauche keine Ueberproduktion einzutreten, weil die geistigsten Arbeitsprodukte auch den Produzenten zu Theil würden. Die Bewegung zur Herbeiführung dieses Gesellschaftszustandes müsse durch die große Masse der Arbeiterinnen verstärkt werden, durch Anschluß an die Genossenschaften sowohl, wie an die sozialdemokratische Partei. Rednerin fordert die Anwesenden auf, in erster Linie die Arbeiterpreise zu senken, die allein den Rath habe, derartige schlechte Zustände schonungslos aufzudecken und unterzochen für die Interessen der Arbeiterchaft einzutreten. Reicher Beifall lobnte die Rednerin für den von zahlreichen treisenden Beispielen belebten Vortrag. Eine Diskussion findet nicht statt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, erheben eine Anzahl Kollegen, welche dem Verbands noch nicht angehören, Beiswerbe, daß sie nicht zu der ersten öffentlichen Verammlung besonders eingeladen und außerdem von einem Verbandsmitgliede beleidigt worden sind. Hierbei wird konstatiert, daß die veräumte Einladung, einem in der betreffenden Druckerlei beschäftigten Buchdrucker zur Last zu legen sei, der die Einladungen zu besorgen übernommen hatte. Die beleidigenden Äußerungen gegen die Beschwerdeführenden werden von der Verammlung allgemein bedauert, und versprochen hierauf die Kollegen zur nächsten Verammlung sich in corporo aufzunehmen zu lassen. Nach Entgegennahme des Kartellberichts durch den Kartelldelegirten und Erledigung einiger unwesentlicher Punkte, erfolgte Schluß der Verammlung Abends 6 Uhr.

Berlin (Zugstille P.). Der Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen, hielt am 7. November eine außerordentliche Generalversammlung ab, zwecks Wahl einer 1. Vorsitzenden und Beitragserhöhung. Kollegin Striegel ersucht um Vorschläge zur Vorsitzenden. Vorgeschlagen wurde Kollegin Striegel, da aber dieselbe sich noch nicht läbig fühlte, dieses Amt zu bekleiden, so wurde ihr von den älteren Kolleginnen, sowie vom Zentralvorstand Unterstüzung zugesichert, und wurde Kollegin

Striebel gegen drei Stimmen gewählt. Infolge der Amtsannahme der Kollegin Striebel macht sich aber die Wahl der 1. Schriftführerin nötig. Es wurde die Kollegin Michaelis als erste und Kollegin Kluger als zweite Schriftführerin vorgeschlagen und beide einstimmig gewählt. Hierauf wurde das Verhalten eines Streifenden getadelt, da sie mehrere Stellen ausge schlagen hat, und wird von Kollegin Thiede ein Antrag eingebracht, welcher lautet: „Beantworte, die im Arbeitsnachweis befindlichen Streifenden am Sonnabend, den 10. November, keine Streifenunterstützung auszugeben, da sie angebotene Arbeitsstellen verächtlich aus geschlagen haben“. Dieser Antrag wurde von Kollegin Klar dahin geändert, daß nicht vom Sonnabend, den 10. November, sondern vom folgenden Sonnabend ab, wenn diese bis dahin keine Stelle angenommen, die Unterstützung fortfällt. Auch Kollegin Wien tadelt das Verhalten der Mitglieder bei Annahme der Stellen. Betreffs des 2. Punktes der Tagesordnung erwähnt Kollegin Striebel, daß durch Listen eine indirekte Urabstimmung erfolgt sei und die meisten Kolleginnen mit Ja gestimmt haben. Da es nun einigen Kolleginnen nicht klar ist, zu welchem Zweck die Vertragsverhandlung sein soll, erklärt Kollegin Wien, daß dieser Antrag einem Beschlusse der Gewerkschaftskommission entsprungen ist, und empfiehlt die Vertragsverhandlung. Kollegin Fiesel giebt die Antwort eines Buchdruckerleiters beim Streik 1896 zum Besten und ist ebenfalls für die Erhöhung. Im gleichen Sinne sprechen noch mehrere Rednerinnen. Kollegin Thiede erklärt, daß die Erhöhung nicht zum Streikende, denn dazu ist der Verband da, sondern zur Erhaltung des Nachweises sein soll. Herr Buchdrucker Lehmann ist der Meinung, daß es ganz gleich ist, zu welchem Zweck das Geld verwendet wird, derselbe weiß auf den Buchdruckerverband hin, welcher auch mit kleinen Beiträgen angefangen hat, die nach und nach erhöht wurden und empfiehlt die Annahme der Vertragsverhandlung. Auch befragt er, daß die Arbeitslosen jede Stelle annehmen müssen. Es wurde über die Vertragsverhandlung abgestimmt, welche einstimmig angenommen wurde. Kollegin Thiede empfiehlt die Einführung zum 1. Dezember, auch dies wurde einstimmig angenommen. — Kollegin Wien theilt mit, daß der Obermeister von „Norman“ sich erklärt hat, Personal anzunehmen, wenn noch mehr Kollegen anfragen und fortlaufen, wie letzteres. Verschiedene Rednerinnen sind dafür, daß das Reglement verschärft wird. Kollegin Gottwald erhebt einen derartigen Vorschlag zu schaffen, worauf im Nachweises hingewiesen werden kann. Ueber das Annehmen des Personalis bei Zinsenfeld wird gesprochen und der Nachweiserin anheim gegeben, hierin Vorschläge zu machen. Kollegin Hanna weist darauf hin, daß nur 3 Stellen laut Reglement ausge schlagen werden dürfen und entspinnt sich hierüber eine rege Debatte. Herr Lehmann ist nicht für Rücksichtnahme der Stellen, ist auch nicht dafür, daß vom Sonnabend, den 10. November, keine Unterstützung gezahlt wird. Der Antrag der Kollegin Thiede wird gegen 2 Stimmen angenommen. Kollege Wittig erklärt, daß sich der Zentralvorstand mit dieser Angelegenheit, betreffs der Streifenunterstützung, näher beschäftigen wird. Kollegin Wien theilt noch einiges über die Arztwahl bei der Krankenkasse mit und erläutert, wie wir uns verhalten, wenn wir die freie Arztwahl annehmen. — Kollegin Fiesel macht bekannt, daß dem scheidenden Vorsitzenden der Zahlstelle II, 75 M. Remuneration bewilligt sind, und derselbe sei gesund, darum konnten auch wir unserer kranken Kollegin Freudemann eine Entschädigung geben. Es wird beantragt, 30 M. zu bewilligen, welches von der Versammlung genehmigt wird. Kollegin Striebel dankt für den zahlreichen Besuch. Schluß um 1/2 12 Uhr. E. M.

Breslau. Am 7. November hielt der hiesige Ortsverein der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher auch ein großer Theil der Breslauer Maschinenmeister erschienen war. Auf der Tagesordnung stand als erster und wichtigster Punkt: Berathung des Tarifs. Nachdem der Obmann der Tariffkommission Kollege Müller die Versammlung eröffnet hatte, wurde das Bureau gewählt und zwar: 1. Vorsitzender: Kollege Abend; 2. Vorsitzender: Maschinenmeister Wiesner; Schriftführer: Kollege Bödel. Nachdem Kollege Abend den Vorsitz übernommen hatte, richtete derselbe einige einleitende Worte an die Versammlung, indem er die traurige und verächtliche Art der Lohnzahlung der Kollegen schilderte und auch anführte, daß mit den Hilfsarbeitern Seitens der Prinzipale Schacherhandel getrieben werde, um dadurch die Löhne immer mehr und mehr herabzudrücken, und daß es deshalb ein schon lange gefühltes Bedürfnis ist, einen Lohnarif zu schaffen. Die seiner Zeit gewählte Tariffkommission habe nun einen solchen ausgearbeitet und denselben bereits dem hiesigen Maschinenmeister-Verein vorgelegt, wo er allgemeine Zustimmung fand; auch wurde seitens des genannten Vereins das Beripreden gegeben, und bei einem event. Streit moralisch, soweit es möglich ist, nach Kräften zu unterstützen. Zum allgemeinen Verständnis verlas sodann Kollege Müller den Tarif, worauf zu paragrafenweiser Berathung und Abstimmung geschritten wurde. § 1 des Tarifs legt die 9 1/2 resp. 9-stündige Arbeitszeit fest und erhält Maschinenmeister Keil das Wort. Er theilt u. A. mit, daß dieser § in dem Tarif der deutschen Buchdrucker die bekannte Maschinenmeister-Kaufel-Vorschrift — ein Schachzug der Prinzipale, welcher

im Jahre 1896 bei der Tarifierathung gemacht wurde, mit der Begründung, den Maschinenmeistern die 9 1/2 resp. 9-stündige Arbeitszeit nicht bewilligen zu können, da in diesem Falle auch für die Hilfsarbeiter die kürzere Arbeitszeit eintreten würde, dieses aber nicht durchzuführen wäre, da es an Raum fehle, weitere Maschinen aufzustellen. Er macht die Verammlung darauf aufmerksam, daß es die Prinzipale darauf absehen, die Arbeitskraft der Hilfsarbeiter soviel wie möglich auszunutzen und erhebt darauf die Anwesenheit, den Paragrafen anzunehmen, denn wären die Hilfsarbeiter im Stande, denselben bei der Bewegung durchzudrücken, so ist für Breslau auch die Maschinenmeisterkaufel hinfällig. Herr Keil bemerkt jedoch, wenn der Tarif nur wegen diesem Punkte scheitern sollte, letzteren lassen zu lassen und denselben bei der Bewegung der Buchdrucker im Herbst 1901 von neuem wieder aufzustellen und in Gemeinschaft mit diesen durchzudrücken. Desgleichen läßt sich Kollege Abend aus, worauf der Paragrafen angenommen wurde. Ebenso gelangten die anderen §§ zur Annahme. (Wir lassen diese mit Rücksicht auf den beschränkten Raum hier fort, da dieselben an anderer Stelle wiedergegeben werden. Neb.) Bei § 6 entspann sich eine äußerst erregte Debatte. Dieser Paragrafen verbietet unter anderem die den Maschinenmeistern zukommenden Arbeiten, z. B. Formschleifen, Auslegen und Aufleben von Zuchtungen. Maschinenmeister Galle empfiehlt, das Ausleben von Zuchtungen ruhig bezubehalten (? ? ?), desgleichen Maschinenmeister Pappst. Letzterer erklärt, wenn diese Arbeiten wegfallen, so würden auch verschiedene Ueberstunden in Bezug kommen. Kollege Abend spricht sich streng gegen die Innehaltung dieses erwähnten Passus aus, desgleichen Kollege Kiewelwast. Maschinenmeister Keil empfiehlt, um zu einem Resultat zu gelangen, einen Kaufauf-Paragrafen zu schaffen, trotzdem er im Allgemeinen gegen solche ist. Es wurde diesem Antrag gemäß ein solcher von der Versammlung angenommen. Hilfsarbeiter werden also weiter zu Maschinenmeistern ausgebildet. Nach einer Pause von 10 Minuten erhebt Kollege Abend, wie Maschinenmeister Keil, die weiteren §§ in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung anzunehmen, was auch geschah. Zum Punkt 2 der Tagesordnung bemerkt Kollege Abend, daß, wie er es bereits erwähnt sei, die Beitrittserklärungen sehr schwach erfolgten; von ca. 15 männlichen und 3 weiblichen unorganisirten Hilfsarbeitern, welche zur Versammlung erschienen waren, meldeten sich nur 3 zur Aufnahme. Der 3. Punkt der Tagesordnung mußte wegen vorgerückter Zeit ganz übergangen werden. Kollege Müller verlas noch eine am 28. Oktober in der Maschinenmeister-Versammlung gefasste Resolution, betreffend den Tarif und theilte ferner mit, daß binnen Kurzem Drucker-Versammlungen abgehalten werden und er würde die anwesenden Mitglieder, zu denselben recht zahlreich zu erscheinen und Nichtmitglieder so viel wie möglich dazu heranzuziehen. Maschinenmeister Keil erwähnte die anwesenden Mitglieder, bei der bevorstehenden Bewegung fest und treu dem Verbands beizustehen und nicht zu erwidern, die uns noch fernstehenden Kollegen durch eifrige Agitation unserem Verbands zuzuführen. Reicher Beifall lohnte Herrn Keil für seine kurzen, aber fertigen Worte. Die Mahnung an die Anwesenden, unentwegt dem Verbands beizustehen, sprach auch Kollege Abend aus. Hierauf dankte er den Erstenen für die zahlreiche Theilnahme; besonders den Herren Maschinenmeistern für ihr freundliches Entgegenkommen und schloß sodann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der deutschen Buchdrucker und den Verband der deutschen Buchdrucker-Hilfsarbeiter. B.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung vom 17. November 1900. Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung und unser weiteres Vorgehen. 2. Vereinsangelegenheiten. Nachdem die Versammlung um 9 Uhr eröffnet, gab der Vorsitzende Kollege Warner eigen Situationsbericht über den bisherigen Verlauf und Stand unserer Lohnbewegung. Derselbe führte an, daß die Lohnkommission bis jetzt bei 8 Firmen vorstellig geworden ist. Die Firma „Altonaer Nachrichten“ mußte, Dank dem festen Zusammenschluß des Personals, nach einigem Zögern unsere Forderungen voll und ganz anerkennen. Auch die Firma Gustav Diedrich u. Co. („Hamburger Fremdenblatt“) bewilligte unsere Forderungen, jedoch ließ sich hier wegen der Fertigstellung der Zeitung trotz des geschlossenen Vorgehens der Kollegen und Kolleginnen eine Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht eringen. Bei der Firma Kolbe, wo der Tarif schon gezahlt und die 8-stündige Arbeitszeit eingeführt ist, wurde der Zuschlag von 10 pCt. anstandslos bewilligt. Die Firma Gebr. Lübbeling mußte nach einigem Sträuben ebenfalls unsere Forderungen anerkennen. Hier wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde erreicht. Bei H. D. Perleß, Mademacher und Verlagsanstalt Richter war der Erfolg ein nicht so günstiger, da in diesen Offizinen nur ein kleiner Theil der dort beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen organisiert ist, und die abgehaltenen Drucker-Versammlungen wenig Erfolg hatten. Specially in der Verlagsanstalt Richter waren die beiden Vertrauensleute Kohnmann und Gudel, der Ansicht, daß der Tarif schon bezahlt und ein weiteres Vorgehen keinen Zweck hätte. Dem Verhalten dieser beiden Kollegen ist es denn auch zuzuschreiben, daß un-

tere Sache in dieser Offizin fast gänzlich scheiterte. Als die Lohnkommission zum zweiten Male vorstellig werden wollte, wurde dieselbe nicht zugelassen, sondern der Herr Direktor verhandelte nur mit den Vertrauensleuten. Daraufhin wurden 2 Kolleginnen vorstellig und erreichten für sämtliche AnkerInnen eine Lohnzulage von 50 Pf. und 5 Pf. Zuschlag für Ueberstunden. Die Firma Franke und Scheide machte uns noch mehr Schwierigkeiten. Trotzdem der Faktor Höfinger vor kurzer Zeit bei einem kleineren Auslande sich äußerte, er wäre durchaus nicht abgeneigt, das Verlangen zu zahlen, wenn man es ihm schwarz auf weiß bringe, will derselbe sich jetzt durchaus auf nichts einlassen. In die Enge getrieben, verrieth uns dann der betreffende Faktor, daß am 18. November eine Sitzung der Innungsprinzipale stattgefunden habe, in welcher beschlossen worden ist, unsere Forderungen nicht anzuerkennen und wo schon bewilligt, wieder retour zu nehmen. Warner bemerkt, es werde, falls dieses eintritt, einen allgemeinen Ausstand geben. Das Sekretär Warners wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem noch von verschiedenen Seiten eine lebhaftige Aussprache erfolgt, stellt Kollege Lohje Schlußantrag in dieser Sache. Die Abstimmung ergab, daß die Arbeit bei der Firma Franke und Scheide am Montag, den 19. November, nicht wieder aufgenommen wird. Ausständig sind 9 Kolleginnen und ein Kollege. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung wurde der vorgeschriebene Zeit wegen nur wenig debattirt und die Sache schließlich dem Vorstand überlassen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung um 11 Uhr.

W. G.
Berlin, Jahresh II (Hilfsarbeiter). Bericht der dritten ordentlichen Generalversammlung vom 18. November. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende mit, daß wieder einer unserer Invaliden, der Kollege Polzin, gestorben ist. Zu Ehren des Kollegen erhebt sich die Versammlung von ihren Plätzen. Nach Beendigung des Protokolls der letzten Versammlung und Annahme desselben wird mitgetheilt, daß sich die Kollegen Engelmann, Helbig und Fregler krank gemeldet haben. Wegen Berufswechsels ist Kollege Ost. Linke ausgeschieden. Die Abrechnung der Billets von dem Wohlthätigkeitskongert ist erfolgt und erhält jeder der vier Invaliden 61 M. und einige Pfennige. Kollege Zegert befindet sich in der Heilstätte Grabowier. Am Mittwoch, d. 21. ds. (Buhitag) findet ein allgemeiner Besuch der Sternwarte statt und wird der Gesamtvorstand mit bei sein. Am 12. Dezember findet beim Kollegen Stephan eine Vertrauensmännerung statt und werden die Kollegen er sucht, sich schon heute darauf einzurichten. Ein Breslauer Kollege ist wieder zugereist, nachdem derselbe aber im Arbeitsnachweis die Zahl der Arbeitslosen gegeben, ist er schleunigst wieder zurückgedampft. Der Kollege Pohl hatte in einer größeren Drucker Stellung erhalten unter Umständen, die sehr nach Schiebung ausahen. Da der Kollege eine feste Beschäftigung hatte, erhielt er eine scharfe Rüge seitens des Vorstandes für sein Verhalten. Der Kollege Barth ist von Breslau hier zugereist und erhielt hier, ohne den Arbeitsnachweis seinerseits zu benutzen, Stellung. Derselbe hat sich bei uns nicht wieder sehen lassen und hat somit seine Rechte an die Organisation verloren. Vom Kollegen Wittig ist derselbe dreimal schriftlich aufgefordert worden, einmal in unserer Sitzung zu erscheinen. Bei Miesenthal u. Zumpke sind die Kollegen, organisirte und unorganisirte, wegen Lohnbifferenzen in den Ausstand getreten. Der organisirte Kollege Otto Drense ging wieder in die Druckerie hinein, trotzdem selbst die Unorganisirten fernbleiben. Derselbe wird wiederholt vom Vorstand zum Ausstieg empfohlen. Nach kurzer Diskussion wird der Ausstieg angenommen. In einer größeren Druckerie war ein Unorganisirter, Namens Brülke, eingestellt, trotzdem dort jeder Arbeiter organisiert sein sollte; die Verbandsmitglieder machten gegen denselben Front und wurde er wieder entlassen. Brülke ist in der Versammlung anwesend und wird denselben der Zweck und Nutzen der Organisation klar gemacht. Nach längerer Debatte wird beschlossen, diesen vorläufig nicht aufzunehmen und auch aus der Versammlung zu entfernen, da nur Mitglieder Zutritt haben. Die Kollegen von der Galvanoplastischen Anstalt sind an den Vorstand herangeraten, weil sie für zwei Kollegen, die noch nicht die 22 M. erhalten, diese erringen wollen. Nach eingehender Rücksprache mit dem Vorstand wurden dieselben bei der Geschäftsleitung vorstellig und wurde die Forderung bewilligt. Kollege Jahn theilt mit, daß der Arbeitsmarkt z. B. sehr besetzt ist. Des Weiteren habe sich Kollege Max Köhler noch krank gemeldet. Kollege Bleich theilt das Ergebnis der Verhandlungen in der Krankenkasse, betr. die Regelung des Arztverhältnisses mit. Kollege Unte theilt mit, daß sich Kollege Strauß von der Galvanoplastischen Anstalt auch krank gemeldet hat. Nachdem Kollege Grüll, den Kollegen Ringhardt, welcher in die Maschine gekommen, krank gemeldet und Kollege Quabed mitgetheilt, daß der Gesangsverein „Solidarität“ am 25. Nov. sein sechstes Stiftungsfest feiert, sowie am 2. Weihnachtstag eine Matinee abhält, findet eine Pause von zehn Minuten statt. Nach Wiedereröffnung werden 38 Kollegen vom Vorsitzenden Mahle mit den üblichen Worten, unter Hinweis auf die §§ 4—16, willkommen geheißen, nachdem einige wiederanzunehmende, von Seiten einiger Vereins-

mitglieder ermahnt waren, besser als früher ihre Pflichten der Organisation gegenüber zu erfüllen. Kollege Höfer war in voriger Versammlung ausgeschlossen worden, jedoch waren in eigenhändiger Umkleidekabine mitteilend, daß sich der Kollege an die Generalversammlung wandte, um in seine alten Rechte wieder eingeleitet zu werden. Nach längerer Diskussion wurde demgemäß beschloffen. Sodann verlas der Kassierer den Vierteljahresbericht, welcher einen Bestand von 6102,99 M. ergab. Auch über den Bericht entspann sich eine längere Debatte und wurde vom Kollegen Bleich beantragt, die Versammlung zu vertagen, da auch das Lokal geräumt werden möchte. Dieser Antrag wird angenommen. Nach Verlesung von 52 Resonanzen, darunter welche mit Resonanzen von 8 bis 20 Wochen, wird beschlossen dieselben zu veröffentlichen und bis Montag, den 26. d. Mts. ihnen Zeit zu lassen, die Resonzen zu belegen. Kollege Mable machte nochmals auf den allgemeinen Besuch der Sternwarte aufmerksam und schließt die Versammlung um 6 Uhr, mit einem Hoch auf den Verband. **Nächste Versammlung am 2. Dezember im Koninkstädtischen Concerthaus, Alte Jakobstr. 37.**

Rundschau.

Die Delegierten der Berliner Gewerkschafts-Kommission waren am 16. November versammelt, um Stellung zur Arbeitslosenzählung zu nehmen. Der Referent Dr. Zaitrow betonte, daß in einzelnen Industriezweigen Entlassungen, über Entlassungen hättend, daß man sich sogar an die Kommunalbehörden wegen Nothstandsarbeiten in öffentlichen Arbeitslosen-Versammlungen wende. Je mehr nun die Arbeiter-Organisationen, die städtischen Verwaltungen und die parlamentarischen Körperschaften gewonnen sind, zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen, um so fühlbarer wird der Mangel von Arbeitslosenzählungen bemerkbar werden. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen: „Die Delegierten der Berliner Gewerkschafts-Kommission erklären sich mit dem Referenten einverstanden. Sie sehen in der Arbeitslosenzählung eine sozialpolitische Nothwendigkeit, um die zeitweisen wirtschaftlichen Niedergänge besser feststellen zu können. Sie verpflichten sich deshalb, zu dieser Frage innerhalb ihrer Gewerkschaft Stellung zu nehmen und das Ergebnis an die Berliner Gewerkschafts-Kommission gelangen zu lassen. Ueber das Ergebnis der Arbeitslosenzählung hat das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission laufend Statistik zu führen.“

Der Berliner Buchdrucker-Zerung ist das erweiterte Statut zum Innungsstatut des Gerichts seitens des Polizei-Präsidenten genehmigt worden; danach müssen künftig alle Gehilfen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die bei einem Innungsprinzipale arbeiten und gegen denselben eine Klage anstrengen wollen, dies bei dem Innungsschiedsgerichte thun, da das Gewerbegericht nicht mehr zuständig ist. Als Vertreter werden seitens der Gehilfen die Buchdrucker F. Treder und W. Trunz, von den Hilfsarbeitern der Hilfsarbeiter G. Sternitzky aufgestellt. Die Wahl findet mittelfst Stimmzettel statt und sind mehr als 8 Namen nicht darauf zu schreiben. Wahlberechtigt sind diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche fünf- undzwanzig Jahre alt sind im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden, sowie bei einem Bundesprinzipale arbeiten. Die Zustellung der Stimmzettel haben auch für die Hilfsarbeiter die Buchdrucker übernommen.

Die Vorzüge eines automatischen Anlegereparates führten in der am 4. November stattgefundenen Versammlung des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer die Herren Mar und Albrecht König vor. Derselbe soll tadellos jede Papierorte und Größe verarbeiten; jedoch dürfte der Kostenpunkt (2000 M.) die Prinzipale von der Anschaffung vorläufig abhalten. In 4 Monaten werden zehn Apparate fertiggestellt sein, die dann in Berlin, Leipzig und Stuttgart im Betriebe vorgeführt werden sollen. Wir kommen in einer der nächsten Nummern auf den eifernen Konkurrenten zurück.

Das Opfer eines furchtbaren Berufsunfalls ist der Schriftseherleuting Ernst Henning geworden. Er geriet in der Buchdruckerei von Ebmeier, Andreasstr. 32, wo er in Stellung war, abends um 5 Uhr in den Treibriemen. Erst nach längerer Zeit konnte der Arme aus dem Getriebe befreit werden, und als endlich ein Arzt kam, ergab sich, daß nicht einmal des vorgeschriebene Verbandszeug zur Stelle war. Der Arm war dem Unglücklichen dreimal gebrochen und auch andere gefährliche Verletzungen waren ihm zugefügt worden. Nennig liegt jetzt im bedenklichen Zustand im Krankenhaus darnieder. Bemert sei noch, daß der Buchdruckerei-Besitzer Ebmeier dem Lehrling aus Anlaß der zwei Stunden Arbeitszeit, die durch den Unglücksfall verloren gingen, von dem fälligen Wochenlohn zehn Pfennige wegen Arbeitsverdünnung in Abzug brachte! — Herr Ebmeier ist als Arbeitgeber-Besitzer im Gewerbegericht.

Ein Gesetz von höchster sozialpolitischer Bedeutung hat der französische Handelsminister Millerand in Aussicht gestellt. In einer Rede vor den Arbeitern des Kohlengebietes Pas de Calais in Nord-Frankreich wies er darauf hin, wie notwendig es sei, unter gewissen Umständen die Arbeitsbedingungen obligatorisch zu machen; d. h., daß, wenn die Majorität einer Arbeitergruppe,

nachdem alle Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert, die Nothwendigkeit des Streiks anerkannt und beschlossen hat, in denselben einzutreten, die Minorität gleichgezwungen ist, sich demselben zu fügen. In diesem Gesetz sollen zugleich obligatorische Einigungs- und Schiedsämter vorgesehen werden. In Deutschland ist an eine derartige geübte Auffassung über die kulturelle Bedeutung der Lohnbewegungen und Arbeitsbedingungen in den maßgebenden Kreisen vorläufig nicht zu denken. Bei uns ist der Bescheid letzter Schluß immer noch der Schutz der „Arbeitswilligen“ und die Jagd auf die Streikpostenleiter.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann in den letzten Tagen des Oktober vorigen Jahres in Berlin im Gartenhaus des Grundstücks Alexandrinenstraße 26 eröffnet worden ist, hat im ersten Jahre ihres Bestehens erfreulichen, stets wachsenden Zuspruch gefunden und ist insgesamt von 69 369 Personen besucht worden.

Die behaglich ausgestatteten Leserräume, welche an Wochentagen von 5 1/2 bis 10 Uhr Abends und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet sind und in denen jetzt nahezu 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung, sowie eine umfangreiche Nachschlagebibliothek zur freien Benutzung der Besucher vorhanden sind, waren pro Tag im Durchschnitt von 95 Männern und 10 Frauen, insgesamt von 37 669 Personen benutzt worden. Die beiden städtischen Verwaltungen weisen nach dem letzten erschienenen Verwaltungsbericht für 1899 eine Frequenz von 16 973 bezw. 17 532, d. h. zusammen von 34 505 Personen auf, bleiben also selbst zusammengerechnet weit hinter der Besuchsziffer des obigen Instituts zurück. Die Differenz erklärt sich leicht aus der Fülle des Gebotenen hier und dort.

In die Liste der Bibliothek hatten sich bis zum Schluß des ersten Jahres 1921 Leser eingeschrieben. Diese setzen sich aus allen Berufsgruppen zusammen; es dürfte in der That kaum ein Beruf, sei es bei den Hand-, sei es bei den Kopfarbeitern geben, der nicht durch einige Angehörige vertreten wäre. Die Ausleihbibliothek wurde pro Tag von 99, insgesamt von 31 700 Personen besucht. Dabei ist zu bemerken, daß wichtige Abteilungen, wie die geographische, geschichtliche, national-ökonomische, sich noch in Vorbereitung befinden und daß aus diesem Grunde ein gedruckter Katalog noch nicht hergestellt werden konnte.

Für die Benutzung des Instituts bestehen keinerlei erschwerende Förmlichkeiten. Der Eintritt in die Les- und Arbeitsräume steht Jedermann ohne weiteres frei. Auch in der Ausleihbibliothek erhält die zur Benutzung der Bibliothek berechtigende Karte ein Jeder, der sich in irgend einer Weise über seine Identität auszuweisen vermag. Dieses den Wünschen und Bedürfnissen des großen Publikums entgegenkommende Verhalten der Bibliotheks-Verwaltung ist bisher durch musterhafte Haltung der Besucher des Instituts glänzend gerechtfertigt worden.

Sein 7. Stiftungsfest feiert am Sonntag, den 25. November d., der Gesangverein „Solidarität“. Nach dem Programm zu schließen, verspricht dieses Fest einen genussreichen Abend und da der Preis so niedrig bemessen, daß allen Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit geboten ist, hinzugehen, können wir den Besuch des Festes nur empfehlen.

Literatur.

Krankheit oder Verbrechen? Eine gemeinverständliche Darstellung des Geschlechtslebens, des Wadens, der Körperverletzungen, Geisteskrankheiten, des Hypnotismus u. a. in ihren Beziehungen zum Gesetz und zur öffentlichen Moral. Unter Anführung von über 200 gerichtlichen Entscheidungen; von Dr. G. H. Verndt. Mit zahlreichen Illustrationen. In wöchentlichen Lieferungen à 15 Pf. oder in Heften à 60 Pf. 2. Auflage. Verlag von Ernst Weitz Nachf., Leipzig, Liefg. 41—44. (Heft 11).

Ein Werkbühlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag. Verlag von Rich. Lepinski, Leipzig. Preis 10 Pf. Dieses Büchlein sollte bei keinem organisierten Arbeiter fehlen, da es in allen Fragen, die das Arbeitsverhältnis ergiebt und die selten jeder Arbeiter alle weiß, Aufschluß giebt.

Redaktions-Briefkasten.

Büchel-Preis: 20 Pf. Strafporto bezahlt.

Berichtigung.

Im Adressenverzeichnis in voriger Nummer, müssen die beiden Zahlenlisten I und II umgekehrt werden, da nicht die Hilfsarbeiterinnen, sondern die Hilfsarbeiter im Verbands die Zahlstelle II sind. Des Weiteren muß es beim Arbeitsnachweis der Kolleginnen heißen: Arbeitsnachweis: Frau Ida Gottwald, Jadenstraße 35/36. Amt I, 8386.

Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Mittwoch, den 28. November 1900, Abends 9 Uhr:

Bereins-Versammlung.

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tages-Ordnung (siehe Mittheilungen).

Die verehrlichen Mitglieder werden erucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Berein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

(R. d. B. D. B.)

Dienstag, den 4. Dezember 1900, präz. 9 Uhr Abends in Cohn's Kesselfabrik, Beuth-Str. 21

Vereinsversammlung

Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Vereinsmittheilungen. 3. Technisches. 4. Berichtendes.

Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

Verband der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen u. Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle II.

(Hilfsarbeiter.)

Sonntag, den 2. Dezember 1900, Nachmittags 1 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

im „Koninkstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37. Mitgliedsbuch legitimirt!

Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung vom 18. November.

Der Vorstand.

Die nächste Vertrauensmänner-Sitzung findet am 12. Dezember (Mittwoch), Abends 8 Uhr, bei Carl Stephan, Lausiger-Platz 12, statt.

Berein der Arbeiterinnen an Buchdruckschneidpressen

Zahlstelle I des Verbandes der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen u.

Sonntag, den 8. Dezember 1900, Abends 8 Uhr,

Vereins-Versammlung

in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Wichtige Mittheilungen. 2. Besprechung über den event. Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen. 3. Berichtendes.

Nach der Versammlung findet ein gemüthliches Beisammensein mit Tanz statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Besuchungen sind an Kollegin Gertrud Striegel, Nürnbergstr. 20, zu senden.

Der Arbeitsnachweis befindet sich Jadenstr. 35/36. Restaurant Wörtschel. Telephon-Amt I, 8386.

Zahlstelle Leipzig.

Oeffentliche Versammlung

aller in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

am Freitag, den 30. November, Abends 8 Uhr im Saale der „Graphtia“, Seeburgerstr. 84.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung beauftragt. 2. Diskussion zum Vortrag. 3. Antrag des Vorstandes, betreffs Erhöhung der Unterstützung.

4. Wahl von zwei Revisoren. 5. Mittheilungen über Verbandsangelegenheiten.

An anbeacht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung zu erscheinen und in ihren Kreisen für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Der Vertrauensmann.

Berliner Ressource, Kommandanten-Str. 57.

Sonntag, den 25. November 1900 (Todtensonntag)

7. Stiftungs-Fest des Gesangvereins „Solidarität“

(Buchdruckerei-Hilfsarbeiter) Dirigent Herr R. Lange (M. d. A.-S.-B.)

verbunden mit

Großem Vocal- und Instrumental-Concert

unter gütiger Mitwirkung des beliebten „Berliner Akt-Ensemble“ (neue Nummern).

Eröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Programm 30-Pf. Nachher: Großer Ball. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Verleger: Oskar Teske, Berlin SO., Rantzenstr. 59. — Verantwortlicher Redakteur: Otto Bleich, Berlin N., Reinickendorferstr. 7.

Druck: Georg Fischer, Berlin SO., Reanderstr. 5. Telephon: Amt 7, 4125.